



30. März 2021



Bildnachweis: Landtag NRW/Melanie Zanin

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

mehr als 13.000 Menschen sind allein in Nordrhein-Westfalen in Zusammenhang mit dem Corona-Virus verstorben. Eine erschreckend hohe Zahl. Dahinter stecken gleichzeitig unzählige Familienangehörige und Schicksale. Bei einer zentralen Gedenkveranstaltung, auf Einladung des Bundespräsidenten, soll am 18. April eben jenen Menschen gedacht werden. Auch der nordrhein-westfälische Landtag möchte dieses Innehalten begleiten. Im Plenarsaal wird eine Kerze entzündet werden. Der Präsident des Landtags, André Kuper, spricht im Beisein der Mitglieder des Präsidiums stellvertretend für das gesamte Parlament Gedenkworte.

Leider gibt es in Sachen Corona nach wie vor keine Entwarnung. Das Virus hat Deutschland und NRW weiterhin fest im Griff. Die Infektionszahlen steigen, wir sind in der so genannten dritten Welle angekommen. Umso erschreckender ist es, dass die Landesregierung die Pandemie mehr verwaltet als sie zu besiegen:

Vor mittlerweile fast einem Jahr hat unser Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Kutschaty, erstmals gefordert, eine umfassende Test-Infrastruktur aufzubauen. Doch was ist bisher passiert? NRW ist Schlusslicht beim Testen - und auch beim Impfen belegt unser Bundesland den Platz 15 von 16. Und wenn die Kommunen unsicher sind, ob die Schulen bei den steigenden Inzidenzwerten lieber geöffnet bleiben oder geschlossen werden sollen, fühlt sich in der Landesregierung niemand für sie zuständig. Es fehlt schlicht und ergreifend ein Corona-Krisenstab, der für alle Fragen zuständig ist!

An den drei Plenartagen diskutierten wir daneben noch folgende Themen: Mädchen und Frauen sollen weiter gestärkt werden, in die Parlamente muss mehr Transparenz einziehen und die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen müssen in der Pandemie mehr in den Fokus gerückt werden.

Herzliche Grüße!

Ihre

Heike Gebhard

S. Watermeier

Aus dem Landtag

Mehr Transparenz in den Parlamenten

Die Verknüpfung von Mandat und bezahlter Lobbytätigkeit, das geht nicht. Die Mitglieder des Landtags diskutierten in der letzten Woche unseren Gesetzentwurf, der die Verknüpfung von Mandat und Lobbyismus unterbinden soll. Die Kernpunkte: Wir wollen Lobbytätigkeiten gegen Bezahlung verbieten, die Bestechlichkeit von Abgeordneten als Verbrechen einstufen und auch darüber hinausgehende Schritte für mehr Transparenz im Parlament einleiten.

Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion

Antrag der SPD-Fraktion

Unsere Position



Foto: unsplash.com / @markusspiske

Aktuelle Stunde: Corona-Chaos um den Einzelhandel

Ein Jahr Corona – und die Landesregierung sorgt weiterhin für Chaos. Ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts kippte Anfang letzter Woche die Regelungen zu den Öffnungsmodalitäten des Einzelhandels. Schwere handwerkliche Fehler der Landesregierung hatten es nötig gemacht: Eine Bevorzugung einzelner Branchen sei nicht gerechtfertigt, so das Gericht.

Wir haben nachgefragt und wollten von der Landesregierung wissen, wie es zu diesem groben handwerklichen Fehler kommen konnte.



Foto: unsplash.com / @bill_oxford

Hat NRW einen Plan?

Eine Teststrategie, welche ihren Namen wegen großer Mängel nicht verdient hat, Verunsicherung in den Kommunen quer durch NRW, und ein Regierungschef, der die Beschlüsse der MinisterpräsidentInnen-Konferenz ganz offen infrage stellt. Verantwortungsvolle und vertrauenswürdige Politik ist wichtig, gerade in pandemischen Zeiten. Die nordrhein-westfälische Landesregierung liefert den Bürgerinnen und Bürgern in NRW leider das Gegenteil.

Es wird Zeit, dass Schwarz-Gelb aus dem Vorgehen anderer Bundesländer wie Hamburg und Bayern lernt:

Schnelltests in Kitas, Schulen und Kommunen sind zentrale Stellschrauben. Dabei brauchen Kommunen Unterstützung und klare Ansagen und keine überforderte schwarz-gelbe Landesregierung.

Antrag: Was plant NRW?

Perspektiven für Lernorte schaffen

Ob Museen, Sportstätten oder auch Theater – außerschulische Lernorte sind Teil der Lösung, nicht des Problems. Sie bieten räumliche Möglichkeiten ergänzend zu Kita und Schule und verfügen über qualifiziertes Personal. Wir haben deutlich gemacht: Es müssen Öffnungsszenarien für außerschulische Lern- und Begegnungsorte für Kinder und Jugendliche geschaffen werden. Wenn Hygienekonzepte vorhanden sind, tragen diese Orte einen elementaren Teil zur guten Bildungsarbeit bei.

Antrag:
Gute Bildung braucht
außerschulische Lernorte

Schule unter Corona-Bedingungen
Zeitleiste: Unsere Initiativen

Verantwortung für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche leiden besonders unter der Pandemie und ihren Folgen. Leider wurden ihre Gefühle von Schwarz-Gelb bislang weitestgehend ausgeblendet. Wir finden: Bei Öffnungsperspektiven müssen endlich auch die Jüngsten in der Gesellschaft bedacht werden, Angebote für sie sind vorrangig zu öffnen.

Unser Antrag macht die Notwendigkeit eines Kinder- und Jugendgipfels deutlich. Die Möglichkeit zu so genannten Spucktests und die Finanzierung von Bildungsangeboten der Familienbildung können für den Neustart während und nach der Pandemie sorgen.

Antrag:
Kindern, Jugendliche und
Familien aus der Pandemie
helfen

Mädchen und Frauen stärken!

Der Weltfrauentag und der Equal Pay Day - im März gibt es jedes Jahr gleich zwei Tage, die auf Mädchen und Frauen betreffende Missstände hinweisen sollen.

Für uns ist klar, dass die jährlichen Hinweise alleine nicht ausreichen, es muss gehandelt werden:

Mit unserem eingereichten Antrag „Cyber-Sexismus ein Ende setzen“ haben wir weitergehende Stärkung von Mädchen und Frauen gegen digitale Gewalt gefordert. Auch haben wir die Potentiale der Digitalisierung dargelegt. Gendergerechtigkeit und Digitalisierung müssen von Beginn an zusammen gedacht werden. Die Verringerung des Gender Time Gaps ist hierbei nur ein potentieller Anknüpfungspunkt.

Antrag: Strukturelle Benachteiligung
von Frauen abbauen



Antrag: Cyber-Sexismus ein Ende setzen!

Teilhabe von wohnungslosen Menschen verbessern

46.000, so viele Menschen sind alleine in NRW ohne eigenen festen Wohnsitz. Es bedarf mehr Hilfen in den Kommunen, um ihnen vereinfachten Zugang zu Wohnungen oder/und entsprechende Unterstützung zu ermöglichen. Die Einrichtung eines Modellprojekts für eine landesweite Koordinierungsstelle der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen in NRW kann diese Hilfen und Strukturen bündeln. Wir haben entsprechende Pläne im Plenum vorgelegt.

Antrag: Wohnungslosigkeit in NRW

Aus dem Wahlkreis

Schrottimmobilien in NRW: „Was unternimmt Schwarz-Gelb gegen die Machenschaften der Eigentümer?“



Dieser Frage gingen die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Sebastian Watermeier und Heike Gebhard mit einer Kleinen Anfrage (Drucksache 17/12932) nach. Seit Jahren gehen die Kommunen im Ruhrgebiet mit hohem Einsatz im Rahmen des Bau- und Ordnungsrechts gegen sogenannte Schrott- und Problemimmobilien in den Quartieren vor.

„Das Wohnungsaufsichtsgesetz (WAG), das von der rot-grünen Regierungskoalition 2014 verabschiedet wurde, bildet das rechtliche Fundament für die Kommunen, mit verschiedenen ordnungsrechtlichen Instrumenten wie Instandsetzungsverfahren, Erklärungen zur Unbewohnbarkeit oder Überbelegungsverfahren gegen die Eigentümer vorzugehen. Da Eigentum verpflichtet, ist es ein unverantwortliches und arg unsolidarisches Verhalten gegenüber dem Gemeinwesen,“ so Watermeier und fügt hinzu: „Alleine in Gelsenkirchen gab es 354 Fälle in 2018, in denen das WAG zur Anwendung kam. Nur in Duisburg kam das Gesetz häufiger zum Einsatz.“

Heike Gebhard ergänzt: „Wir müssen an die kriminellen und gewinnsüchtigen Eigentümerstrukturen heran, um das Geschäftsmodell Schrottimmobilien effektiv zu bekämpfen.“

Das Modell basiert auf ein Geflecht aus Wuchermieten, Ausbeutung und mit hoher krimineller Energie betriebenen Steuer- und Sozialbetrug. Dadurch werden Zugewanderten aus Südosteuropa direkt sittenwidrige Mieten für Wohnraum, der gemäß der Rechtslage gar nicht zulässig ist, abgezogen. Aus diesen Gründen müssen wir an die Wurzel heran, nämlich die Eigentümer solcher Immobilien.“

„Als Bezirksbürgermeister sind mir die zwielichtigen Machenschaften im Zusammenhang mit Schrottimmobilien bestens bekannt. Das Ehepaar Gega hat ziemlich deutlich geschildert, wie mutmaßlich kriminelle Interessenten in den Quartieren vorgehen und mit etlichen Geldbündeln die Häuser aufkaufen wollen. Daher müssen wir die ehrlichen Immobilienkäuferinnen und -käufer unterstützen, die sanierungsorientiert in unsere Quartiere investieren wollen“, so der Bezirksbürgermeister aus West, Joachim Gill.

In der Kleinen Anfrage wollen die Landtagsabgeordneten wissen, inwieweit auch strafrechtlich gegen Eigentümer von Schrottimmobilien vorgegangen wird und welche Maßnahmen aus Sicht der Landesregierung notwendig sind, um effektiver als bisher die illegalen Praktiken im Zusammenhang mit Schrottimmobilien zu bekämpfen.

„Um diese Strukturen erfolgreich aufzubrechen, muss der Fokus neben den bisher angewendeten Maßnahmen verstärkt auf die Bekämpfung dieser illegalen Praktiken gelegt werden“, so die Abgeordneten Watermeier und Gebhard abschließend.

„Kommt die Bezirksregierung Münster ihrer Kontrollpflicht nach?“

Wie aus den lokalen und überörtlichen Medien zu entnehmen war, sind auf einem Firmengelände im Gewerbegebiet Am Dördelmannshof mehrere hunderte Reifen in Flammen aufgegangen. Die Gelsenkirchener Feuerwehr war mit sechs Löschzügen im Einsatz und konnte den Brand nach knapp 13 Stunden erfolgreich bekämpfen. In der Sitzung der Bezirksvertretung Süd, die am 9. März 2021 tagte, erhielt die Öffentlichkeit die Information, dass das Reifenlager an der Stelle nicht genehmigt worden sei. Laut der Stadt Gelsenkirchen sei für die Überwachung des Rohstoffhandels die Bezirksregierung Münster verantwortlich.

„Dass auf einem Rohstoffhandel mehrere hunderte Reifen, deren Lagerung nicht genehmigt wurde, dann noch in Flammen aufgingen, lässt zumindest die Frage aufkommen, ob die Bezirksregierung Münster ihrer Kontrollpflicht ausreichend nachgekommen ist“, so Sebastian Watermeier. Weiter fügt er an: „Mit meiner kleinen Anfrage will ich erfahren, wann und in welchem Umfang die bisherigen Kontrollen auf dem Betriebsgelände stattgefunden haben. Es ist rational nicht erklärbar, dass die Menge an Reifen innerhalb von kürzester Zeit dort aufgebaut werden konnte, ohne dass eine Behörde darüber Kenntnis erlangte.“

„Auch wenn die Brandursache noch nicht geklärt ist, bleibt der Umstand der nicht genehmigten Reifenlagerung äußerst fragwürdig. Die konsequenten Kontrollen und Überwachungen solcher Anlagen sind dabei unabdingbar!“, so der SPD-Politiker abschließend.

Wieder mehr Spielhallen möglich - Landtagsabgeordnete fordern Landesregierung zur Korrektur auf!

In einem gemeinsamen Brief an den Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski und Innenminister Herbert Reul haben die Gelsenkirchener SPD-Landtagsabgeordneten Sebastian Watermeier und Heike Gebhard die geplante Neuregelung des Glücksspielwesens scharf kritisiert.

„Zum einen plant die Landesregierung völlig ohne Not, dass unter bestimmten Bedingungen wieder Mehrfachkonzessionen für Spielhallen in einem Gebäude erteilt werden können, zum anderen werden die Mindestabstände zwischen einzelnen Spielhallen auf 100 Meter verringert“, erklärt Sebastian Watermeier. „Damit erleiden die Bemühungen der Städte, die Spielhallenflut einzudämmen, einen herben Rückschlag.“ Dies sei auch schon in der Anhörung zum Ausführungsgesetz des neuen Glücksspielstaatsvertrages im Landtag deutlich von den kommunalen Spitzenverbänden kritisiert worden.

„In Gelsenkirchen rühmt sich die CDU, sie habe im Koalitionsvertrag dafür gesorgt, dass das Thema „Eindämmung der Spielhallen“ extra aufgenommen wird und wähnt die Landesregierung dabei an ihrer Seite. Derweil macht die CDU-geführte Landesregierung den Kommunen ohne Not einen dicken Strich durch diese Rechnung“, ergänzt Heike Gebhard. „Leider hört man von Seiten der CDU Gelsenkirchen außer frommen Wünschen gar nichts zu diesem Vorgang.“

Die beiden Abgeordneten fordern deshalb die Landesregierung auf, ihre Position noch einmal zu überdenken. „Wir bitten Sie (...) eindringlich, die Position der Landesregierung in diesen Punkten noch einmal zu überdenken und die Bedenken der kommunalen Familie ernst zu nehmen. Es kann nicht im Interesse des Landes und der Kommunen sein, dass die Anstrengung, Spielhallen aus dem öffentlichen Raum zu verbannen, durch nicht nachvollziehbare Gesetzesvorhaben konterkariert wird“, heißt es in dem Schreiben.



Copyright by Büro Watermeier